

ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG

Gemäß § 10 Abs. 4 BauGB ist dem vorliegenden Bebauungsplan eine zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach der Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, beizufügen.

Verfahren Der Ortsgemeinderat von Allenbach hat am 09.03.2021 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Photovoltaik Allenbach" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Beschluss wurde am 25.03.2021 ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 26.07.2021 bis einschließlich 31.08.2021 in Form einer Offenlage durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 21.07.2021 beteiligt (§ 4 Abs. 1 BauGB).

Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus Teil A (Planzeichnung), Teil B (Textteil) und der Begründung einschließlich Umweltbericht hat in der Zeit vom 12.11.2021 bis einschließlich 13.12.2021 öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 04.11.2021 ortsüblich bekannt gemacht. Die nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 30.11.2021 an der Planung beteiligt und von der Auslegung benachrichtigt.

Während der Auslegung gingen Anregungen ein, die vom Gemeinderat am 01.03.2022 geprüft wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen die Anregungen vorgebracht haben mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Allenbach hat am 01.03.2022 den Bebauungsplan "Photovoltaik Allenbach" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Umweltbelange Die verbal- argumentative Ausgleichsbilanz kommt zum Ergebnis, dass der Standort bereits stark anthropogen überformt ist und naturnahe Strukturen lediglich in Form von relativ arten- und strukturarmen Gebüschern vorhanden sind, die von der Planung weitgehend unberührt bleiben. Daraus resultiert eine Unerheblichkeit des Eingriffs.

Die Umweltbelange fanden ihre Berücksichtigung durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes. Dies sind im Wesentlichen Festsetzungen zu Begrünungsmaßnahmen und Erhaltungsfestsetzungen sowie Festsetzungen zur Bewirtschaftung.

Durch die gewählten Festsetzungen des Bebauungsplanes wird dafür Sorge getragen, dass der Eingriff innerhalb des Geltungsbereiches weitestgehend minimiert wird.

Die ermittelten Umweltbelange wurden im Umweltbericht gemäß § 2a BauGB dargelegt und bewertet. Ebenso wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt.

Öffentlichkeitsbeteiligung Sowohl im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 als auch im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bzw. § 4a Abs. 3 BauGB gingen keine Stellungnahme seitens der Öffentlichkeit ein.

Behördenbeteiligung Während der erforderlichen Beteiligungsschritte der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB) wurden verschiedene Hinweise geäußert, die in die Planung aufgenommen wurden.

Die Kreisverwaltung Birkenfeld hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Bebauungsplan nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann und einer Genehmigung bedarf.

Der Landesbetrieb Mobilität hat aus Gründen der Verkehrssicherheit und wegen Nichterfüllung von Auflagen und Bedingungen aus vergangenen Bauantragsverfahren seine Zustimmung nicht erteilt. Diese Punkte haben jedoch keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan, daher wurde den Anregungen nicht gefolgt.

Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz merkt an, dass das Vorhaben laut Regionalplan innerhalb einer landwirtschaftlichen Vorrangfläche liegt. Da aber das Vorhaben auf zum Teil bereits versiegelten Flächen realisiert werden soll und weiterhin größtenteils als landwirtschaftliche Hofstelle genutzt wird, wird der Planung dennoch zugestimmt.

Die SGD Nord teilt mit, dass die Beseitigung des Niederschlagswassers unter Berücksichtigung der §§ 5 und 55 WHG und des § 13 Abs. 2 LWG zu erfolgen hat.

Für die VG Herrstein-Rhaunen liegt eine Gefährdungsanalyse mit ausgewiesenen Sturzflutentstehungsgebieten nach Starkregen (Hochwasserinfopaket, Karte 5) vor; die zu berücksichtigen ist. Das Plangebiet ist teilweise ein potentiell Entstehungsgebiet von Überflutungen nach Starkregen.

Im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB macht die Abteilung Brandschutz der Kreisverwaltung Birkenfeld darauf aufmerksam, dass die Zufahrten zum Plangebiet für den Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten/Fahrzeugen, bezogen auf die Fahrspurbreiten, die Druckfestigkeiten und die Kurvenradien, entsprechend der technischen Baubestimmungen (eingeführt durch die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 17. Juli 2000) zu errichten ist.

Seitens des DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich das Plangebiet innerhalb eines Flurbereinigungsverfahrens befindet. Die neue Grundlage wurde der Planung zugrunde gelegt, eine Änderung der Grundzüge der Planung ergab sich hierdurch nicht.

Seitens der OIE AG / Westnetz GmbH wird eine 20 kV Leitung im angrenzenden Bereich hingewiesen.

Die vollständigen diesbezüglichen Ausführungen sind der Abwägungssynopse zu entnehmen.

*Abwägung anderer
Planungs-
möglichkeiten*

Fläche ist bereits voll erschlossen und anthropogen vollständig überformt. Sie bietet kaum natürliche Funktionen. Aufgrund der Lage und des Fakts, dass die umzunutzen- den Silogebäude bereits im Bestand stehen, erübrigt sich die Alternativenbetrachtung.

Würde man andere Flächen in Anspruch nehmen, würde dies mit einer deutlich größeren Flächeninanspruchnahme zusammenhängen und würde die bereits versiegelten Flächen im Planbereich nicht entsiegeln, da sie bereits anthropogen überprägt und teilweise versiegelt sind.

Eine Variante wäre die 0-Variante, die keine Veränderung der Situation bedeuten würde. Dabei würde die Bestandssituation erhalten bleiben. Da der Investor aber der Gemeinde auch einen Grünsammelplatz zur Verfügung stellen will, stellt die 0 Variante keine Option dar.